K4-103

Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: LAG Säkulare Grüne (dort beschlossen am: 10.04.2018)

Titel: **K4-103: Bayern und die Welt - Zusammenhalt macht stark**

Von Zeile 102 bis 106 löschen:

einiges getan werden, damit z.B. Muslime rechtlich und politisch besser integriert und beidseitig vorherrschende Vorurteile und Ängste abgebaut werden. ~~In Bayern werden wir den Modellversuch zum staatlichen~~ **Islamunterricht** ~~in ein flächendeckendes und dauerhaftes Angebot überführen.~~ Von allen Religionsgemeinschaften und Verbänden erwarten wir ein klares Bekenntnis zum

Begründung

Ein islamischer Religions-Unterricht neben dem katholischen und evangelischen Religions-Unterricht führt zu einer weiteren Trennung der Schüler*innen. Die Schüler*innen sollen nicht übereinander reden, sondern miteinander. Das entspricht auch dem Wunsch der Schüler*innen, wie die von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland mitfinanzierte Umfrage „Vielfalt im konfessionellen Religionsunterricht in Schleswig-Holstein (ReVikoR)“ der Theologischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zeigt. In ihrer Dissertation „Die Bedeutung der Lebenswelten von Schüler*innen für den Subjektbezug im Religionsunterricht“, 2017, kommt die Pastorin Claudia Richter nach Auswertung der Umfrage zu folgendem Ergebnis (Seite 299):

1. Die Schüler*innen sind mit großer Mehrheit für einen Unterricht aller Konfessionen im Klassenverband.

2. Den Schüler*innen geht es dabei um
- einen erhöhten Wissenszuwachs über die differenten Religionen von Mitschüler*innen durch den Austausch mit ihnen als Vertreter*innen einer authentischen Perspektive dieser Religion;
- die Bedeutung des Lernens von Toleranz und Respekt gegenüber „Anderen“ als Grundlage für gesellschaftliches Leben in religiöser Pluralität;
- das Lernen in möglichst religiös bzw. weltanschaulich pluralen Lerngruppen, das das Fach Religion lebendiger, interessanter und attraktiver werden lässt.
2008/09 haben sich die wahlberechtigten Berliner Bürger*innen in einem Volksentscheid für Ethikunterricht als Pflichtfach und Religionsunterricht als Wahlfach entschieden. Für diese Lösung gekämpft hatte auch die Initiative „Christen pro Ethik“, in der sich viele Theologen engagierten.
Zitat aus dem Offenen Brief der „Christen pro Ethik“ vom März 2009 an die Mitglieder der Synode der EKBO (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz):
„Dass ausgerechnet ein separierender Religionsunterricht der Tendenz zu Parallelgesellschaften in der Bevölkerung entgegenwirken soll, ist uns nicht nachvollziehbar. Wir halten im Gegenteil den Ethikunterricht für gesellschaftlich integrierend und erkennen darin eines der wichtigsten biblischen Anliegen wieder: Trennungen zu überwinden und nicht zu vertiefen.“